



## Am Eisloch fischen – Unterstützung für Amcha-Israel nach 1989 in Deutschland

*Dr. Peter Fischer*

### *Vorbemerkung*

Bei der Abfassung dieser Rückschau konnte ich feststellen, dass in den Turbulenzen des Zeitenwandels nach 1989 meine Erinnerung mir manchen Streich spielte. Bei der Recherche von Daten fiel mir auf, wie mein scheinbar exakt gespeichertes „Zeitband“ von wirklichen Abläufen abzuweichen Gefahr lief, auch durchaus nebensächlichere Begebenheiten im Gedächtnis stärker hafteten, als die Ereignisse und Zusammenkünfte, wie sie von anderen Beteiligten und sicher in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Auch sind bisweilen mitwirkende Persönlichkeiten aus meinem Blickfeld geraten, vielleicht nur deshalb, weil deren Aktivität mir nicht so auffiel, weil ich schon auf anderer Station herumschwirrte, obwohl sie es verdient hätten, beachtet zu werden. Soweit hier also in diesem Beitrag niedergeschrieben, kann nur eine Ansicht aus subjektivem Blickwinkel geäußert werden.

Eine eigentlich staatliche Initiative zur Förderung von Amcha-Israel oder gar eine nennenswerte bürgerschaftliche Interessenkonstellation, die Amcha in der Bundesrepublik selbst tragend befördert hätte, gab es zu keiner Zeit. Im Rückblick sind die langjährigen Bemühungen zur Verankerung dieser humanitären Verantwortlichkeit gegenüber den Hinterbliebenen der Shoah,

doch eher mit einem mühevollen Hacken eines Loches durch eine ziemlich dicke Eisdecke zu vergleichen. Kaum wendet man sich ab, scheint es wieder zuzufrieren. Ergebnisse und öffentliche Beachtung sind nach meiner Wahrnehmung deshalb hauptsächlich auf persönliche Motivationen zurückzuführen, jedenfalls in viel stärkerem Maße, als die humanitäre Unterstützung politischer Aufforderung folgen würden, sei sie auch noch so gut gemeint.

Bei einem Arbeitsaufenthalt in Polen Ende 1987, sah ich aus dem Abstand die DDR: nahezu erstickt am Partei- und Staatsapparat; vermieft, anmaßend, vielfach bewusstseinsgestört das konkrete Berufsumfeld meiner Hochschule. Einer meiner Kollegen beging Selbstmord. Die zur Hobbyforschung verkommene wissenschaftliche Laufbahn gab ich enttäuscht auf. Am unangenehmsten empfand ich die allgemein obwaltende Selbstgerechtigkeit, als hätte die DDR die historische Gerechtigkeit für sich und alle Zeiten gepachtet. Die Spuren innerer Lebendigkeit und die Einsicht in notwendige Veränderungen erschienen ein für allemal verweht. Im Gegensatz zur polnischen Gesellschaftssituation war das Abwiegen von Konflikten alltägliche Praxis. Wer die Verlogenheit der DDR-Erinnerungspolitik thematisierte – nach der die DDR sich nicht zur Mitverantwortung an der Shoah bekannte – galt bestenfalls als „intellektualistisch“. Wie oft schlug mir entgegen: „Sei doch nicht so sensibel“.

Das Bedürfnis gegen diese Verschnürung etwas zu tun, ließ sich insbesondere nach meinem erstmaligen Besuch der Ruinen von Auschwitz-Birkenau und anschließender Nachforschung zum Verbleib vieler Familienangehörigen nicht mehr unterdrücken. In dem Maße wie die alten Ideale einer aufrichtig lebendigen Gesellschaft zu Bruch gegangen waren, verwachsen meine Gedanken zunehmend mit jüdischen Interessen. Nach einigen gescheiterten Neustartversuchen, begann ich Ende April 1989 als Sekretär des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR zu arbeiten. Mit nur verschwommener Ahnung von der untergegangenen, aber mit großer Neugier auf die gegenwärtig existierende jüdische Welt, ließ ich mich auf meine Aufgabe zur Wahrnehmung jüdischer Interessen ein. Insbesondere die häufig

sehr harten Biografien meiner jüdischen Umgebung – in Ost und West – verlangten mir hohen Respekt ab und bestimmten für mich seither die Suche nach gangbaren Wegen zur Überwindung von Unsicherheiten und Befürchtungen vieler jüdischer Menschen, unabhängig von der bisweilen rasch wechselnden Abfolge politischer Aufmerksamkeit. Hatten die sehr schwachen Überbleibsel jüdischer Gemeinden in der DDR über Jahre ein Schattendasein geführt, wurden sie nun häufig politisch instrumentalisiert. Als ab dem 15. März 1990 die Zuwanderung von Juden aus der Sowjetunion einsetzte, waren jüdische Gemeinden einer noch stärkeren Außenbetrachtung ausgesetzt, die zuvor schon unverhältnismäßig war.

Amcha, 1987 als Selbsthilfeorganisation von Shoah-Überlebenden in Israel gegründet, wurde mir erst im Herbst 1989 bekannt. Bei einer Fahrt von Berlin (DDR) zu meinem damaligen Arbeitsplatz in Dresden, dem Sitz des Verbandes der Jüdischen Gemeinden, erhielt ich von meinem Begleiter im Auto, dem Arzt und damaligen Gemeindevorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin, Dr. Peter Kirchner, erste vage Informationen. Wochen später, sehr bald nach dem Fall der Mauer, lernte ich Maurits Cohen bei einer Veranstaltung der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft in der Fasanenstraße kennen, am Sitz der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (damals Westberlin). Seine Visitenkarte wies ihn als den Verantwortlichen aus, der die Interessen von Amcha in Europa vertrat. Nun erfuhr ich aus erster Hand, welchen Zielsetzungen sich Amcha in Israel verpflichtet fühlt und welche Maßgaben für eine Unterstützung von Überlebenden und ihren Kindern nach der Erwartung von Amcha bestünden.

Bekanntermaßen vertrat die Deutsche Demokratische Republik bis zum politischen Systemwandel antizionistische Positionen, die nicht einmal vom Ansatz her etwas mit einem Verständnis für Israel und seine Bürger zu tun hatten. Hatte sich in der Bundesrepublik nach der Amcha-Gründung in Israel 1987 sehr bald ein Bonner Förderkreis engagierter Einzelpersonlichkeiten konstituiert (gegründet am 14. April 1988), so blieb es in der DDR bis Ende 1989 hierzu bei noch weniger als nichts. Zwar schienen die Gespräche

des World Jewish Congress (WJC) und seines Präsidenten Edgar M. Bronfman mit den staatlichen Behörden wesentlich verbesserte Einsichten für Entschädigungen geschaffen zu haben, als frühere Kontakte der Claims Conference mit den betonfesten Leitfiguren des DDR-Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, die es eigentlich hätten besser wissen müssen. Doch selbst die zwischenstaatlichen Verhandlungen zwischen Israel und der DDR nach 1988, zur drängenden Frage, ob eine diplomatische Anerkennung Israels noch zustande kommen könnte, scheiterten. Alle Bemühungen zur weltpolitischen Einsicht gegenüber dem jüdischen Staat liefen somit ins Leere und blieben letztendlich ohne Ergebnisse. Einem politisch Außenstehenden, wie mir, erschien es, als sei zum Thema nur ab und zu mal der „Pfiff einer Maus an Verständnis“ zu hören gewesen – es schwirrten auch irgendwelche Zahlungsabsichten durch die Medien –, ein entschiedenes Entgegenkommen der DDR blieb dessen ungeachtet unter dem Hoffnungsschimmer im Nebel der bevorstehenden Neuvereinigung Deutschlands hängen. Allerdings gab es an öffentlichen Willensbekundungen zu den Juden im Land und zur Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte, in der von diversen Defiziten gebeutelten Abbruch-DDR 1988/89 ganze Serien von Absichtserklärungen. Die Zeit zum „Gackern ohne Eier zu legen“ – erst recht befremdlicher Verlogenheit – schien abgelaufen zu sein. Vor diesen Hintergründen entwickelte sich die Gründungsidee einer Stiftung zur Förderung von Amcha zu einem Faktum.

Umbruchzeiten bieten bisweilen Sternstunden, Momente in denen lang gehegte Vorstellungen plötzlich akut werden. Der Gedanke zur Förderung von Amcha gehörte auch insofern unmittelbar zu den Überlegungen, weit verbreiteten Einschätzungen zu widersprechen:

So seien die Folgen der Shoah durch „unsere“ „antifaschistische Gesinnung“ abgegolten oder auch jener Beziehungskette zur deutschen Einheit: „Wiedergutmachung“, „Entschädigung“, „Rückübertragung“ wären hinlänglich und dem Wesen nach mit der Neuregelung von bürgerlichen Besitzverhältnissen verbunden. Überhaupt bestand die irriige Annahme (und ist bis

heute spürbar), die Entschädigungsgesetzgebung der „alten“ Bundesrepublik, hätte mit den Feststellungen zum Gesundheitsstatus, die psychischen Auswirkungen auf die von der Shoah betroffenen Menschen mit einbezogen. Aufwendungen zur Hilfe für Menschen mit posttraumatischen Belastungsstörungen seien somit durch die Entschädigungsrenten abgegolten. Auch hielten sich Auffassungen, nicht nur in der Gegnerschaft (sie sind bis heute selbst bei vermeintlichen Ratgebern Israels nicht verklungen!), dem jüdischen Staat wären genug Hilfgelder zugeflossen und es läge nun in dessen Verantwortung, seinen Bürgern die erforderliche Unterstützungsleistungen zu erweisen.

Auch noch heute gibt es Auffassungen, die Amcha-Stiftung sei möglicherweise durch die Defizite im Stiftungsrecht der DDR im Übergang zum bürgerlichen Rechtssystem und überhaupt aufgrund der notwendigen Veränderungen gegenüber Israel zustande gekommen. Selbstverständlich, möchte man aus dem schon historischen Abstand denken: „Jede Birne fällt einmal vom Baum“. Allerdings sind bisweilen Erinnerungen trügerisch; zumal es menschlicher Natur entspricht, Erfolge eher auf jeweils alleiniges Tun zurück zu führen. So einfach kam jedoch nicht einmal die Gründung unseres Vereins zustande, der zu einer gemeinnützig anerkannten deutschen Stiftung zur Förderung von Amcha in Israel führen sollte. Vielmehr ging es mit Amcha gewiss um ein politisches Paradigma, die politische Verantwortung beider deutscher Staaten von ihrer humanitären Seite zu unterstreichen.

In der seinerzeitigen Atmosphäre von Aufbruch, Infragestellung, Zweifeln und oft schwieriger Suche nach Kommunikation, bei der nicht gleich alles (ab-)gewertet, sondern auch zugehört wurde, fanden Maurits Cohen und ich sehr rasch zueinander. Ein Konzept zu finden, die Problematik bei all' den guten Absichtserklärungen einfach pragmatisch anzugehen, ergab sich für uns aus unserem Selbstverständnis: Wir hatten bereits begonnen, über das Projekt mit anderen konkret nachzudenken. Nun wollten wir es natürlich gemeinsam versuchen, gewissermaßen „das Brett von unten anbohren“. Denn wir kamen beide aus unterschiedlichen Gesellschaftsverhältnis-

sen, ungeachtet dessen waren wir beide von jüdischer Solidarität geprägt, mit einem ehrgeizigen Ziel. Und weil wir damals wie später nicht gerade die hohen Positionen einnahmen, um Entscheidungen mit politischen Gewicht durchzusetzen, war es für unser Anliegen geradezu vorteilhaft, aus unterschiedlichen Erfahrungshintergründen zusammen zu arbeiten. Von Anbeginn war deshalb die Frage für uns interessant, was wir von welchen politischen Persönlichkeiten in der DDR noch erwarten könnten, Entscheidungen zur Unterstützung von Amcha zu treffen, die ihnen bei ihren Bemühungen möglicherweise gut entgegenkämen, politisch das zeitgemäße Profil zu finden. Klar war ebenfalls für uns, es käme in Anbetracht der politischen Zerrüttung des DDR-Images nicht so sehr auf eine deklamatorische Aufmerksamkeitserregung an, als vielmehr auf einen wirklich substantiellen Beitrag, der möglichst längerfristig, unter Zugrundelegung der demografisch begründet zunehmenden Bedürftigkeit im Alter, eine für Amcha in Israel wirksame finanzielle Entlastungen verspricht.

Ein schwierig zu überschauendes Feld noch bestehender Zuständigkeiten musste in Angriff genommen werden: bei unvergleichlich, geradezu tektonisch bewegter Gesellschaft; plötzlich jenseits all' unserer Erfahrungen weg gleitend; unter dem rasanten Wechsel der Verhältnisse versuchte Wahrnehmung von Verantwortlichkeit; mehr vom Wollen bestimmt, als man tatsächlich zu tun vermochte; aufbrechende, sehr unterschiedliche persönliche Überzeugungen; bisweilen gewonnene Einsichten, nicht ohne politisches Kalkül; vielschichtige Interessenlagen, legitim oder (noch?) nicht; und das alles mit Ansprüchen einer bis dato kaum praktizierten Kommunikation und Kooperation. Vielleicht erscheint heute zurückblickend mancher Text zum Thema Amcha etwas schräg oder schlicht. Insgesamt kann auch Verwunderung hervorrufen, mit welcher Hochspannung oder besser Potentialdifferenz wir umgegangen sind, eine humanitäre Geste zustande zu bringen. Der Brief des Premiers Hans Modrow – endlich die verbrieftete Aussage! – zur Übernahme von Schuld und Verantwortung, im Namen der Bevölkerung der DDR, an den Präsidenten des WJC gerichtet, sollte wenigstens eine „Portogebühr“

kosten. Für uns das Mindeste, um irgendwie noch Glaubwürdigkeit herzustellen.

Auf der Arbeitsebene stellte jedoch jedes „Scheibchen“, eine Entscheidung zugunsten von Amcha herbeizuführen, eine jeweils komplexe Angelegenheit dar. Noch eingebunden in das DDR-übliche Zuständigkeitsverständnis, führte ich zunächst im Hinblick auf die Realitätsaussicht, Gespräche mit Harry Baumgarten (Mitarbeiter im „Noch-ZK“ der „Bereits-PDS“) am 12. Januar 1990, das mich in der Idee seinerzeit entschieden bestärkte. Anschließend mit Dr. Hans Wilke sel. A. vom Staatssekretariat für Kirchenfragen, zur Vorbereitung auf eine Beratung des Präsidiums des Verbandes der jüdischen Gemeinden mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Kirchenfragen, Dr. Lothar de Maizière, am 15. Januar 1990. Sicher ist die Ankündigung einer möglichen Zuwanderung von Juden aus der UdSSR stärker von Lothar de Maizière registriert worden, doch wie ich später von ihm erfuhr, war auch die Erwähnung von Amcha bei ihm absolut nicht umsonst.

Schon wenige Tage später, am 19. Januar, bezeichneten wir uns schon bei einem Gespräch mit Dr. Peter Kirchner, Gemeindevorsitzender, mit dem Vertreter von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Dr. sc. Stefan Schreiner und Maurits Cohen zum Thema „Israel und die zweite Generation“, als „Initiativgruppe für Amcha“. So verständigten wir uns auch, dass Maurits Cohen – mein inzwischen niederländischer Freund mit großer Erfahrung und unmittelbarem Kontakt zu Amcha Israel – bereits zum 8. Februar über die unterstützende Haltung zu Amcha ein erstes offizielles Treffen mit Dr. Heinz-Dieter Winter, stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR verabreden sollte. Maurits Cohen stellte im Namen und in enger Abstimmung mit dem inzwischen konstituierten „Amcha Komitee in der Deutschen Demokratischen Republik“ am 9. Februar schriftlich unser Konzept vor (vgl. Anlage 1). Faktisch stand ab da unsere Idee im öffentlichen Raum.

Mit den Turbulenzen dieser Tage verflochten sich auch andere krasse Infragestellungen des Umgangs mit Überlebenden. So fand ich zu Konrad Weiß, den ich damals wegen seiner sehr stimmigen Studie zur Einschätzung des jugendlichen Rechtsextremismus in der DDR hoch schätzte. Er war gerade als Abgeordneter der Bürgerrechtsgruppe „Demokratie Jetzt“ in die erste frei gewählte Volkskammer entsandt worden. Nach einem Gespräch bei ihm zu Hause am 7. März, zu den Erfordernissen des Erhaltes von Ehrentensionen, die in der DDR für „Kämpfer“ und „Verfolgte“ des Naziregimes (ungerechtfertigt abgestuft!) gewährt wurden, sagte er absolut vorbehaltlos sofort auch seine persönliche Unterstützung für unser Amcha-Projekt zu.

Durch solche Zeichen des Verständnisses konnte stets Mut geschöpft werden. Denn die Lautstärke, die aus den aufschäumenden Wogen der sehr einseitigen Auseinandersetzung um die jüngere DDR-Vergangenheit emporstieg, übertönte nicht selten die seelische Befindlichkeit derjenigen Menschen, die damals noch große Schwierigkeiten hatten, das Wort „Deutschland“ überhaupt auszusprechen, weil sie dem früheren Nazi-Deutschland Lebensunglück ohne Ende zu verdanken hatten.

Abgesehen davon:

Im Moment von Machtwechsel und sprunghaftem Freiheitsgewinn waren insbesondere die finanziellen Ressourcen äußerst umstritten. Bekanntlich sollte es in diesem Abbruchstaat solche wohl nicht sehr transparenten Devisen-Konten nicht im Überfluss geben. Was jedoch das uns zugewiesene Konto der Staatsbank betrifft, gab es keine Gründe zur Irritation und wohl auch keine Gründe an lauterer Herkunft zu zweifeln. Dennoch wurden lange und zähe Nachforschungen zur Quelle der Gelder angestellt, die wir noch über Jahre zu spüren bekamen und die letztendlich völlig ergebnislos eingestellt wurden.

Und noch eine fast unüberbrückbare Hürde: Was hieß es, eine „Stiftung“ in der DDR zu errichten, in der das Stiftungsrecht als „bürgerliches Relikt“ in der sozialistischen Verfassung seit 1968 de facto abgeschafft war?



Noch in einer der letzten Sitzungen, der insgesamt nur sehr kurzen Amtsperiode der Modrow-Regierung, beschloss der Ministerrat der DDR am 8. März, der Gründung einer Amcha-Stiftung in der DDR zuzustimmen. Zugewagt wurden zunächst 100.000,- DM. Optional sollte die nach der Wahl am 18. März zustande kommende Regierung über höhere Zuleistungen entscheiden. Die konkret zur Sache stattfindenden Gespräche im Außenministerium der DDR, von Maurits Cohen und mir mit dem Botschafter Neumann (5. April 1990), und dann die intensiven Erörterungen im Staatssekretariat für Kirchenfragen mit Hermann Kalb (ab 12. April 1990), sind hierzu unvergesslich. Schließlich ging es endlich um Fragen und Zahlen, die im Sinn der humanitären Bedeutsamkeit nach allem mündlichen Zuspruch wirklich beigesteuert werden könnten. Nach vielem Hin und Her konnten wir uns dann auf eine zusätzliche Summe von 6,1 Mio. DM einigen, nachdem doch tatsächlich ein Gesprächsteilnehmer in der Euphorie der konstruktiven Gespräche sechs Millionen DM insgesamt vorschlug. Dr. Hermann Simon, der als Stiftungsexperte für das Centrum Judaicum sich ebenfalls in diesen frühen Beratungen für Amcha engagierte, stellte mir in einer Besprechungspause die Frage: Welche Schlagzeile wird uns bei dieser Summe wohl entgegenschlagen?

Parallel zu all' den fiskalischen Erörterungen, waren die Konsultationen (am 30. April und am 11. Mai sowie noch oft ad hoc in der Zeit bis zum Juli 1990) mit dem Juristen Günter Wieland sel. A. unverzichtbar. Von ihm stammte die Idee, die Stiftung als Verein zu gründen, was in der DDR rechtlich möglich war. Darüber hinaus erlebte ich ihn als für mich äußerst ermutigend, wegen seiner unmissverständlich klaren Überzeugung zur Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern und zu grundlegend notwendigen Veränderungen der DDR-Haltung gegenüber Israel.

Nun, durch den Ministerratsbeschluss höchst autorisiert in der Welt, gab es Rückenwind in Richtung Stiftung. Unter Dr. Hans Modrow eingeleitet und von Lothar de Maizièere umgesetzt, wurde mit wirklichen Konsequenzen von allen Fraktionen der neuen, frei gewählten Volkskammer all das ein-

geschlossen und durch die sehr bemerkenswerte Erklärung zur historischen Verantwortung gegenüber den Juden bekräftigt, was wir mit Amcha konkret angesprochen wissen wollten. Diesem Kurs entsprachen auch die erstmals in der DDR öffentlich begangenen Veranstaltungen zum Jom Ha'shoah, dem Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Dabei wirklich die Befindlichkeit anwesender Juden ansprechend, stach die neue Tonart der Rede absolut hervor, die Gesundheitsminister Prof. Dr. Jürgen Kleditsch am 23. April in der Synagoge Rykestraße hielt. Nicht minder unvergesslich – insbesondere wohl auch die Freiheit der Ansprache für die anwesenden Regierungsvertreter – war die Rede des Präsidenten von Amcha Israel, Manfred Klafter sel. A., der charismatisch, selbstbewusst und unumwunden anlässlich der Konstituierung des Kuratoriums der „DDR-Vereinsstiftung Amcha i.G.“ am 1. Juni Einblick in das Seelenleben eines Überlebenden offenbarte!

Öffentlich zwar nicht im Mittelpunkt, aber nach Gründung des Vereins am 28. Mai auch nicht nur am Rand der rasanten Gesellschaftsveränderungen, war uns schließlich am 31. Mai durch das Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte die Registrierung der „Amcha-Stiftung in der DDR e.V.“ im Vereinsregister und die Erlangung der Rechtsfähigkeit beurkundet worden. Am 7. Juni erhielten wir die Nachricht von der Überweisung von 100.000,- DM; am 26. Juni, direkt vor dem Termin der Währungsunion, wurde schließlich die Summe von 6,1 Millionen DM überwiesen. Diesen Konstituierungsprozess abschließend bekamen wir dann am 9. August die Gemeinnützigkeit unter Bezugnahme auf unseren Antrag bei der Präsidentin der Volkskammer (!) durch das Amt des Ministerpräsidenten (!) für den Antrag auf Steuerbegünstigung beim Finanzamt zugestellt. Mehr Beachtung, als dieser Einsatz der höchsten staatlichen Gremien, war wohl nicht denkbar. Unsere Freude, an einem wesentlichen Stück der Umorientierung eines Teils der deutschen Bevölkerung auf dem Weg zur neu vereinigten Bundesrepublik mitgewirkt zu haben, war kaum zu trüben, auch wenn Irrtümer und Fehler uns bei aller Erfolgsbilanz nicht erspart bleiben sollten

Ab dem 3. Oktober 1990, dem „Tag der Deutschen Einheit“, tickten die Uhren gewiss nicht anders. Doch der Wind zur Durchsetzung des marktwirtschaftlichen Gesellschaftssystems blies unvergleichlich stärker ins Gesicht der Ostdeutschen. Mancher Anspruch wurde auf für viele von uns neue Art und Weise, oft sogar befremdlich, geltend gemacht. Jetzt wurde anwaltliche Beratung zu jeder Angelegenheit von Amcha selbstverständlich und notwendigerweise von uns gesucht. Im Fazit der Prüfung sollte unsere Stiftung in der Form des Vereins nicht mit dem Stiftungsgesetz der Bundesrepublik übereinstimmen. Deshalb wurde die Auflösung der Amcha Stiftung in der DDR und deren Umwandlung in eine Amcha-Stiftung in Deutschland verlangt. In einem Brief, anwaltlicher Empfehlung folgend, informierte ich unsere Vereinsmitglieder darüber und erhielt hierzu ihre Zustimmung. Ob das ein Fehler war?

Die Anerkennung des nun neu zuständigen Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg und der Senatsverwaltung für Justiz, der Stiftungsaufsichtsbehörde, blieb dessen ungeachtet offen. Immer wieder sind durch wechselnde Anforderungen zu Aspekten der Satzung Zusagen zu Prüfungen der Änderungen aufgeschoben worden. Nach allen Vermutungen unsererseits erschien ein Ressentiment dahinter verborgen zu sein, unser frisch konstituierter Verein wäre wohl aus unlauterer Quelle gespeist worden. Dennoch vier Anwälte wurden über Jahr und Tag verschlissen, Geld in unvertretbarer Weise ging verloren. Lag es mehr an den Anwälten oder an der Senatsverwaltung? Es wurde zunehmend schwerer die einzelnen Fäden auseinander zu halten. Die „klug“ in Juristensprache geführte Argumentation machte uns nicht immer klüger.

Nur mühsam hielten wir in der rechtlichen Grauzone einer Stiftung i.G. unser Ansehen aufrecht; obwohl Persönlichkeiten mit Reputation, wie Dr. Günter Linnenbrink von der EKD aus Hannover uns aktive Unterstützung boten sowie der Verein der Freunde und Förderer von Amcha e. V. in Bonn, vertreten durch MdB Renate Schmidt, unserem Verein am 1. September 1992 zutraten.

Und nicht zu vergessen, wir veranstalteten bereits im November 1990 ein großes Symposium in der Charité mit Dr. Haim Dasberg von Amcha aus Israel und annähernd 500 Teilnehmern, das eine wirklich große Resonanz in der Öffentlichkeit fand.

Durch Günter Linnenbrink und die Initiative von Maurits Cohen kamen im Weiteren substantielle Zustiftungen zustande, die im Auf und Ab der Sorgen nun doch immer mehr unsere Zuversicht bestärkten: Am 19. März 1991 25.000,- DM vom Deutschen Roten Kreuz; am 28. Mai von der Daimler Benz AG 350.000,- DM; am 1. Oktober seitens der Evangelischen Kirche Deutschlands 250.000,- DM; kurz darauf durch den Caritasverband 250.000,- DM sowie schließlich Anfang 1992 von der Volkswagen AG auch noch 350.000,- DM.

Unbestreitbar Erfolge, die doch zugleich gedämpft waren. Denn der juristisch inszenierte Circulus vitiosus blieb bestehen. Der Verein existierte nur soweit vom „Beitrittsgebiet“ anerkannt und konnte nicht die Stiftung errichten, ohne die besondere Gemeinnützigkeit zuerkannt zu bekommen.

Inmitten der aufgezogenen Kulissen dieser Posse der deutschen Einheit wurden Forderungen des Finanzamtes für Körperschaften angedroht. Sollten unsere Erfolge zur Farce verkommen, ein deutsches Finanzamt Geld einziehen, das Juden aus guten Gründen zgedacht war? Die Peinlichkeit hüten wir als Geheimnis, wir hielten den Kreis der Eingeweihten klein, wie gleichfalls die Mitglieder des Vereins wegen der laufenden Satzungsänderungswünsche in überschaubaren Grenzen. Schließlich ging es um das Ansehen, um ehrenamtliche Bemühungen, um viel Geld. Und es ging um die humanitären Bedürfnisse jüdischer Überlebender in Israel. Welcher Stellenwert sollte diesem offensichtlichen Defekt und aufkommenden Misstrauens denn eigentlich zukommen dürfen? Pünktlich überweist unser Schatzmeister Rainer Waldhauer Monat für Monat die vereinbarten Tranchen der Erträge unseres Kapitalstocks mit meiner Unterschrift nach Israel. Wir wechseln geschäftsführende Anwälte, gehen auf neue Vorschläge ein, stecken arrogante Belehrungen weg. Dann stoße ich 1992 endlich auf Rechtsanwalt Wolfgang

Lüder. Unser Vorstand trifft sich mit ihm. Nach einigen Anstrengungen gelingt es ihm den gordischen Knoten zu lösen und mit politischem wie juristischem Sachverstand das Kompetenz- und Geltungsanspruchsgerangel zu beenden. All' meine aufgestaute Spannung transformierte sich zu Sympathie und Vertrauen einem zuhörenden und suchenden Anwalt gegenüber, die bis heute, durch viele freundschaftliche Gespräche angereichert, zum Besten gehören, und was mir nach den doch ziemlich kalten Anfangsjahren der neuen Bundesrepublik unter vielen Juristen und Beamten zu fehlen schien: ein Mensch mit Wissen und politischen Idealen und – für Amcha segensreich – mit Herz!

Am 21. Januar 1993 trägt das Amtsgericht Charlottenburg uns endlich ins Vereinsregister ein. Noch einmal und noch einmal muss die Satzung geändert werden, da ein Verein, der sich zum eigentlichen Ziel gesetzt habe, eine Stiftung zu gründen, nicht gemeinnützig sein kann. Am 11. Februar 1994 bestätigt das Amtsgericht schließlich alle verlangten Korrekturen. Das ganze Procedere zur Genehmigung durch die Senatsverwaltung für Justiz und die Stiftungerrichtung selbst zieht sich schlussendlich bis zum 15. Mai 1995 hin. Unbeteiligte können es sich kaum vorstellen, welche Freude ein Berliner Amtsblatt bieten konnte: die Nr. 30 vom 09.06.1995!

Endlich durfte sich der Vorstand von Amcha Deutschland e.V. nach der Stiftungerrichtung seinen postulierten Aufgaben zuwenden. Er konnte nun, frei von unterschweligen Zweifeln, Unterstützungen für Amcha Israel einwerben und auf das öffentliche Bewusstsein im Sinn der Völkerverständigung einwirken. So wurde beispielsweise unser, durch Giora Feidmann und seine seinerzeit tätige Konzertmanagerin Vera Giese äußerst großzügig ermöglichtes Benefizkonzert, am 24. April 1995 zum Jom Ha'shoah in der Berliner Philharmonie mit einer Einnahme von über 25.000.- DM ein besonderer Erfolg beschieden.

Das Protokoll der am gleichen Tag stattgefundenen Wahlversammlung von Amcha Deutschland e.V. hält fest, dass für den nun voll und ganz entlasteten Vorstand des Vereins an meiner Seite Marguerete Marcus und Rai-

ner Waldhauer gewählt wurden. Gemäß des Vorstandsbeschlusses vom 19. April 1995 waren folgende Persönlichkeiten in das nun erstmals mit rechtlicher Zuständigkeit zu konstituierende Kuratorium berufen worden: Johann Wilhelm Römer, Generalsekretär DRK; Josef Schmitz-Elsen, Generalsekretär Deutscher Caritasverband; Gerd Worrieschek, Daimler Benz AG; Dr. Uwe Runge sel. A., Präsident des Konsistoriums der Evangelischen Kirchen in Berlin-Brandenburg; Manfred Klafter, Präsident von Amcha Israel und Dr. Peter Fischer, Vorsitzender von Amcha Deutschland e.V. Des Weiteren empfahl der Vorstand des Amcha-Vereins dem Kuratorium, für den Vorstand der Stiftung Dr. Günter Linnenbrink, Maurits Cohen, Rainer Waldhauer, Dr. Reichmann und Konrad Weiß zu bestellen.

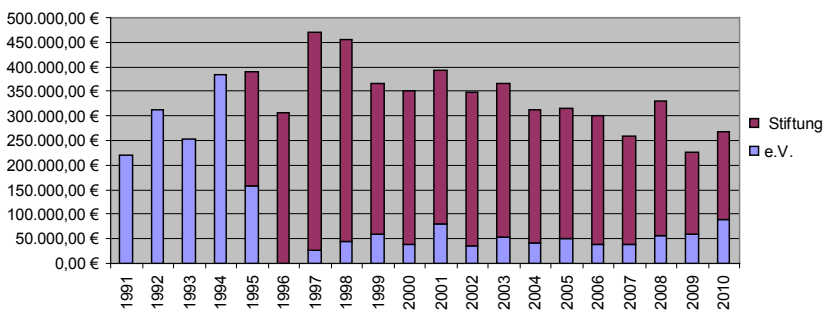
Mit der personellen Besetzung aller Gremien der Stiftung waren jetzt zwei Zweige von Amcha in Deutschland entstanden. Die Stiftung sollte mit möglichst hohen Erträgen die Arbeit von Amcha-Israel unterstützen, der Verein seinerseits durch das Einwerben von Spenden, die insbesondere für die Unterstützung der Amcha-Sozialclubs benötigt wurden. Beide gemeinsam sehen sich seitdem identisch dem humanitären Anliegen und der Völkerverständigung zwischen Deutschland und Israel verpflichtet.

Im Nachfolgenden werden in knapper Form die Ergebnisse von Verein und Stiftung bewertet:

Jährliche Leistungen an AMCHA Israel von 1991 bis 2010

AMCHA Stiftung: 4.582.242,70 € · AMCHA Deutschland e.V.:

2.047.500,33 € · Gesamt: 6.629.743,03 €



Zu dieser grafischen Übersicht ist zu bemerken, dass die Lücke der Spendenleistungen des Vereins 1996 dadurch begründet ist, dass ab dem Zeitpunkt der Stiftungerrichtung die Spenden jeweils erst am Ende des Folgejahres im vollen Umfang überwiesen werden.

Die jährlichen Dotationen der Stiftung an Amcha-Israel wurden bis 2002 allein aus den Erträgen bestritten. Aufgrund des hohen Unterstützungsbedarfs war allerdings bereits seit Ende der 1990er Jahre diskutiert worden, darüber hinaus das Stiftungskapital in Anspruch zu nehmen und allmählich abzuschmelzen. In Übereinstimmung mit Amcha-Israel und der aufsichtführenden Berliner Senatsverwaltung für Justiz wurde die Umwandlung in eine „Verbrauchsstiftung“ beschlossen. Am 12. November 2002 ist die entsprechende Änderung der Stiftungssatzung in Kraft getreten, mit der den demographischen Realitäten der Altersentwicklung der Shoah-Überlebenden Rechnung getragen wird. Das Stiftungskapital nimmt seitdem kontinuierlich ab. Ebenfalls zur Abnahme beigetragen haben die Verwerfungen auf den Finanzmärkten in den vergangenen Jahren, von denen die Stiftung nicht verschont geblieben ist. Zum 31.12.2009 hat das Stiftungskapital noch 1.059.912,13 € betragen (geprüft), zum 31.12.2010, vorbehaltlich der Prüfung der Jahresrechnung 2010, noch 933.441,10 €.

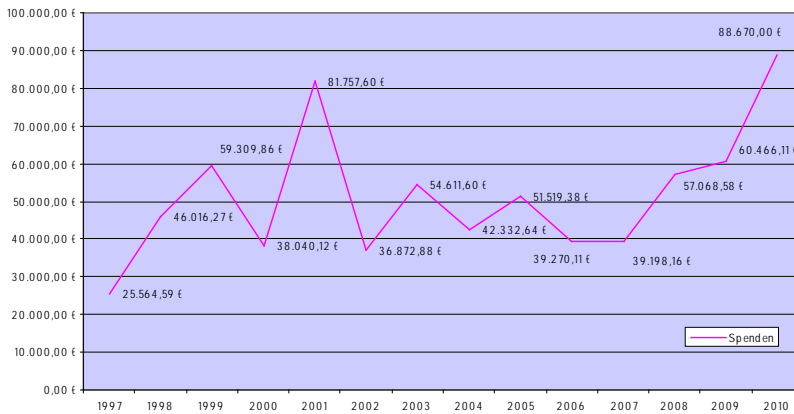
In den Gremien der Stiftung fand inzwischen ein Generationswechsel statt. Den Vorsitz im Vorstand führt derzeit Prof. Matthias Gülzow (Radio Paradiso GmbH & Co. KG), Schatzmeister ist Roel van Praag von den Amcha Freunden in den Niederlanden, und seit 2011 gehört Susanne Krause-Hinrichs dem Vorstand an. Das Kuratorium hat derzeit acht Mitglieder unter dem Vorsitz von Dr. Christian Staffa (Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.) und seines Stellvertreters Stephan J. Kramer (Zentralrat der Juden in Deutschland). Des Weiteren gehören dem Gremium an: Dr. Hans Ulrich Anke (EKD), Prof. Dr. Georg Cremer (Deutscher Caritasverband), Noach Flug (Centre of Holocaust Survivors, Israel), Klaus-Henning Rosen (Ministerialdirektor a.D.), Dr. Hermann Simon (Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum), und Dr. Lothar Ulsamer (Daimler AG).

Der Verein wird derzeit vertreten durch seinen Vorsitzenden Dr. Peter Fischer und seiner Stellvertreterin Suzanne L. Kossack sowie den Schatzmeister Rainer Waldhauer und Grischa Worner.

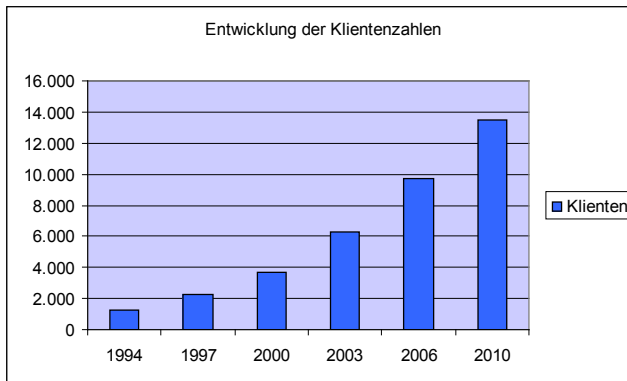
Im Büro ist Christian Krause seit dem vergangenen Jahr der Ansprechpartner für beide Zweige von Amcha-Deutschland.

Schließlich noch ein Überblick zur Spendenentwicklung und zu den Tatsachen bei der Entwicklung der Klientenzahlen:

**Spendenentwicklung**



Dieser Zickzackkurve entspricht, wie die nachfolgenden Angaben zu den Klienten der Grafik zu entnehmen ist, in keiner Weise dem doch sehr stetig wachsenden Bedarf.





Auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse, zunehmend professionelle Betreuungskräfte einzusetzen, kann seit einigen Jahren durchaus von einer Klimax des Bedarfs ausgegangen werden. Hinzu kommt, bedingt durch einen wesentlichen Anstieg von Hochbetagten, Kinderüberlebenden und auch viel ausgeprägter an Einsamkeit Leidenden, insbesondere verwitweter Frauen, dass sich gegenwärtig bereits strukturell viel aufwendigere Betreuungsansprüche ergeben.

So konnte durch Unterstützung des Vereins bereits für Mitte des abgelaufenen Jahrzehnts, durch den zu 50% von Unternehmen der deutschen Wirtschaft und zur anderen Hälfte durch den Bund konstituierten Fonds „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), und dort durch die Verständnissinnigkeit von Dr. Hans Otto Bräutigam, u.a. ein Anschubsprojekt für Hausbesuche verwirklicht werden. Insbesondere sind Möglichkeiten zur Projekthilfe für Amcha-Israel, wenn auch im begrenzteren Umfang durch Dr. Michael Jansen und Günter Saathoff immer wieder in Zusammenarbeit mit Dr. Natan Kellermann von Amcha-Israel auf den Weg gebracht worden. So trägt die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vor allem zu Initiativen von Amcha-Israel bei, intergenerative Kontakte zu befördern; das heißt es sollen bei der Betreuung Begegnungen zwischen jungen und alten Menschen stattfinden. Nicht nur um von den Überlebenden Erfahrungen zu übernehmen, sondern auch umgekehrt, jugendliche Energie und freudvolle Seiten ihres Erlebens in den Alltag der Betroffenen zu bringen.

Neben der Einwerbung von finanzieller Unterstützung hat es sich AMCHA in Deutschland vor allem zur Aufgabe gemacht, die mitunter schwierige Lebenswirklichkeit der Überlebenden auch der deutschen Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu bringen. Auf zahlreichen Veranstaltungen schilderten insbesondere Dr. Nathan Durst und Dr. Natan Kellermann authentisch die Folgewirkungen der vor so langer Zeit erlittenen Traumatisierungen auf die Betroffenen und vermittelten einen Eindruck von ihrer psychologischen Arbeit.

Eine andere Frage, nicht nur von rein quantitativer Bedeutung bei der Einschätzung der Leistung durch Amcha Deutschland, ist, in welchem Verhältnis sie sich im Gesamtbudget von Amcha-Israel niederschlägt: Waren es noch 1998 für die Stiftung 16% und für den Verein 2%, gingen diese Anteile im Jahr 2002 auf 10% bzw. 1% und 2008 auf 5% bzw. 1% sowie 2010 auf fast verschwundene 3% bzw. 1% zurück.

Im Fazit heißt das: Sieht man davon ab, wenn hier auch nicht der stets substantiell hohe Beitrag durch die JCC ausgewiesen ist, so kann der beträchtliche relative Rückgang des Anteils von Amcha Deutschland gegenüber dem, was durch andere Quellen an Beiträgen hinzu gegeben wird, jetzt nicht mehr befriedigen. Zumal wir seit einiger Zeit von einer Tendenz sprechen können, dass entgegen aller Annahmen und Hoffnungen eines mittelfristig schon spürbar zurückgehenden Bedarfs, eine Dynamik zur Entwicklung der Klienten eingesetzt hat, die Amcha auch jenseits der Lebenszeit der Shoah-Generation Perspektiven abverlangt. Das betrifft sicher nicht nur die zweite Generation und deren Kinder, sondern kann auch, weil die Erfahrungsqualitäten im Umgang mit posttraumatischen Belastungsstörungen, Suizidgefahren und vielen Syndromen der Stressfehlverwertung, z. B. auch nach Katastrophen, unverzichtbar für eine humanitär orientierte Gesellschaft werden.